

Ein globales Desaster, dem abzuhelpfen wäre

von *Cornelia Füllkrug-Weitzel*¹

Die COVID-19-Pandemie hat die Welt in die größte gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Krise seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt. Die Auswirkungen werden vor allem arme Länder um viele Jahre in ihrer Entwicklung zurückwerfen. Was muss geschehen?

Die Infektionszahlen steigen weiter. Die Lockdowns dauern an oder kommen zurück. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Reisefreiheit wie auch die Auswirkungen auf die Wirtschaft übertreffen längst die Wucht der ökonomischen und politischen Schocks, die die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Finanzkrise 2007/2008 ausgelöst hatten. Und wieder einmal trifft es die Ärmsten am härtesten. Der stellvertretende Direktor und Regionalverantwortliche der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) für Lateinamerika und die Karibik, Julio Berdegué, geht davon aus, dass durch die Corona-Pandemie in Lateinamerika ein historischer Rückschritt im Kampf gegen den Hunger droht. Innerhalb weniger Monate könnten die Erfolge von 15 Jahren zunichtegemacht werden. Unsere Partner berichten, dass die Verzweiflung wächst.

Auch Afrika läuft Gefahr, dass Entwicklungsfortschritte der letzten Jahre zunichtegemacht werden. Nach einem Bericht des afrikanischen Institute for Security Studies wird sich der Kontinent im besten Fall erst wieder 2024 vom dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung erholen. Für dieses Jahr wird befürchtet, dass weitere 14 Millionen Menschen in Afrika in extreme Armut stürzen werden.

Wodurch kommt das zustande?

Bei Ausbruch der Pandemie konnten die Industrienationen mit Maßnahmen reagieren, die die Lebensbedingungen großer Bevölkerungsteile in armen Ländern nicht zulassen: Stetes Händewaschen? Laut den Vereinten Nationen hat etwa ein Viertel der Weltbevölkerung kaum Zugang zu sauberem Wasser.

¹ Pfarrerin Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel (MA) ist Präsidentin von Brot für die Welt im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. in Berlin.

Und jene, die wenigstens eine Pumpe im Dorf haben oder Regenwasser sammeln, benötigen das rare Gut, um den Durst von Mensch und Tier und Pflanzen zu stillen. Abstand halten? In den ungezählten Slums am Rande der Megastädte – undenkbar, auch in Flüchtlingslagern oder informellen Unterkünften der Abermillionen Flüchtlinge. Testmöglichkeiten und Schutzkleidung? Für Regierungen armer Staaten angesichts des massiven Wettbewerbs auf dem Weltmarkt bisher unerreichbar. Und als die EU ihr Hilfspaket in Höhe von 7,4 Milliarden Euro zur Erforschung und Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten weltweit geschnürt hat, da hat sie keineswegs sichergestellt, dass diese hinterher auch allen zugutekommen und für alle erschwinglich sein werden. Medizinische Behandlung? Für die Armen schon vor Corona kaum erreichbar: In vielen Gegenden der Welt gibt es keine Hospitäler, keine Krankenstationen, kein medizinisches Personal. In ganz Somalia gibt es ein einziges Beatmungsgerät. Kaum jemand besitzt eine Krankenversicherung, die Preise für Behandlungen sind horrend. Und wenn sich dem medizinischen Personal in vielen Teilen der Welt seit Ausbruch der Pandemie unabweisbar die Frage stellt, ob die wenigen Ressourcen in die Bekämpfung der COVID-19-Krankheit oder in die Erste Hilfe oder in die Entbindung gesteckt werden sollen – was dann? Wenn die Gelder aus den Dialyse-Zentren und den Polio- und TBC-Impfkampagnen abgezogen würden – wem wäre damit gedient?

Schwache Gesundheitssysteme

In den vergangenen Jahren haben reiche Länder wie die USA ihre Beiträge für UN-Organisationen, und somit auch für deren Gesundheitsorganisation WHO, drastisch gekürzt. Private Stiftungen haben diese Leerstelle gefüllt. Auch das hat zur Überzeugung beigetragen, dass Impfkampagnen und massenhafte Einzelinterventionen globaler privater Geldgeber effektiver seien als die staatliche Sicherung der medizinischen Grundversorgung. Entwicklungsministerien – auch unseres – haben entsprechend die Prioritäten verändert. Doch welcher private Geldgeber investiert in ländliche Regionen wie dem Tschad oder Ost-Kongo? Und wer soll die Impfkampagnen durchführen, wenn es keine flächendeckenden Gesundheitsstrukturen gibt?

COVID-19 oder Hunger

Viele Maßnahmen, die reiche Staaten nun gegen die Ausbreitung von Corona ergreifen, stellen die Regierungen und die Menschen in den armen Regionen

vor die Wahl zwischen „Pest und Cholera“ – zwischen COVID-19 und schlimmster Armut sowie extremem Hunger. Viele Länder des Südens, speziell in Afrika, haben sich in Erinnerung an die Dramatik der Ebola-Krise für die „Pest“ entschieden: harte Lockdowns mit den erwartbaren Folgen von Armut und Hunger. Übrigens haben sie damit die Option gewählt, die ganz und gar im Sinne der globalen Solidarität ist und uns entschieden helfen wird, denn ohne dass die Verbreitung des Virus im Süden gestoppt werden kann, wird es auch bei uns nicht einzudämmen sein. Eine globale Krise kann nur global bewältigt werden.

Wieso hat die Pandemie Armut und Hunger im Gefolge?

Wer sein Geld täglich neu im informellen Sektor verdienen muss und weder Arbeitslosenversicherung noch Rücklagen hat, der kann nicht zu Hause bleiben. Haushaltshilfen, Tagelöhner, Verkäuferinnen am Straßenrand oder Rikschafahrer müssen ohne ihre täglichen Einnahmen verhungern. Die UN-Arbeitsorganisation ILO hat im Frühjahr prognostiziert, dass infolge von COVID-19 international weit mehr als 25 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Zum Beispiel Textilarbeiter*innen in Bangladesch, weil Unternehmen in Europa, die dort produzieren, ihre Aufträge storniert und z. T. sogar bestellte und schon produzierte Ware nicht abgenommen und bezahlt haben. Die Arbeiterinnen standen entschädigungslos und ohne Arbeitslosenversicherung auf der Straße. Corona hat einmal mehr gezeigt, wie dringend ein Lieferkettengesetz ist!

Auch Schulschließungen treffen arme Familien besonders hart – nicht wegen des Betreuungsproblems, sondern wegen der Ernährung! Viele Familien sind auf die kostenlose Schulspeisung der Kinder angewiesen – häufig ist das deren einzige Mahlzeit am Tag. Und: Die Gefahr, dass Kinder, besonders Mädchen, nach Aufhebung der Schulschließung nicht zurück zur Schule kommen, wird von Experten als hoch eingeschätzt. Sie müssen dann erst einmal helfen, Geld zu verdienen. Auch Straßenmärkte zu schließen hat dramatische Konsequenzen: Für Millionen Menschen sind die Märkte und Straßenstände die einzige Möglichkeit, sich billig und mit frischen, regionalen Produkten zu versorgen. Sie werden – sofern vorhanden – in Supermärkten oder kleinen Läden einkaufen müssen, die teure Importware anbieten. Ausgangssperren führen außerdem dazu, dass Millionen Kleinbauern weder die Saat ausbringen oder die Felder bestellen noch die Früchte ernten und verkaufen können.

Dabei werden 70 Prozent der Nahrung weltweit von Kleinbauernfamilien erzeugt. Die zurückgehende landwirtschaftliche Produktion und Exportrestriktionen könnten die Spekulation auf Agrarprodukte anheizen.

Hungerkrise erwartet

Die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN, geht davon aus, dass durch die Corona-Pandemie sich in diesem Jahr die Zahl der Menschen, die an chronischem Hunger leiden, um bis zu 132 Millionen erhöhen wird. Speziell in Ostafrika droht eine gewaltige Hungerkrise, weil Corona auf Länder trifft, die schon aufgrund von Dürren und Überschwemmungen infolge des Klimawandels, Kriegen und einer gewaltigen Heuschreckenplage dem Hunger ausgesetzt sind. Hier müssten die weltweiten Geber sofort reagieren und dem entgegenwirken.

Zudem gibt es in armen Ländern kaum staatliche Sozialleistungen. Mehr als die Hälfte der Menschen weltweit leben ohne jede Form der sozialen Absicherung. Wo Rudimente davon einst existierten, haben Weltbank und IWF häufig verlangt, sie – als Bedingung für frisches Geld – zurückzuschneiden. Und jetzt, in dieser schweren Krise, sind die ohnehin schon überschuldeten Länder nicht in der Lage, Rettungsschirme für die Ärmsten ihrer Gesellschaften zu spannen.

Die Corona-Krise könnte also noch mehr Menschen weltweit in die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe treiben. Die Zahl jener, die nur durch humanitäre Unterstützung – Nahrungsmittel, aber auch medizinische Hilfe – überleben können, ist in den vergangenen Jahren unablässig gestiegen. Flucht, Vertreibung und vor allem die Folgen des Klimawandels tragen wesentlich dazu bei. International wird seit langem diskutiert, ob es nicht Formen der sozialen Grundabsicherung geben könnte und müsste. Modelle dafür, sogenannte „Social Protection Floors“, hat die ILO bereits entwickelt und erprobt. Aber auch ihrer Einführung steht die weltweit verbreitete neoliberale Haltung entgegen, staatliche Leistungen der Daseinsvorsorge nicht zu befördern, sondern auf die Initiative der Einzelnen und der Privatwirtschaft zu setzen. Doch wie soll das gehen? Für Menschen, die nicht genug zu essen haben? In Gegenden, wo für Privatinvestoren „nichts zu holen“ ist? Jetzt hat die UN-Entwicklungsorganisation vorgeschlagen, für einen begrenzten Zeitraum und nur für den Kreis sehr armer Bevölkerungsgruppen in 132 Ländern ein befris-

tetes Grundeinkommen einzuführen, um die dramatische Abwärtsspirale in die Armut, die COVID-19 unglaublich antreibt, abzubremsen und so den Absturz von Abermillionen Menschen in dauerhafte Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu verhindern. Tatsächlich wäre das nicht nur die würdigere, nachhaltigere und zukunftsweisendere Option, sondern für die internationalen Geber vielleicht sogar die billigere.

Was zu tun ist

In den kommenden Monaten wird es bei der Bewältigung der Corona-Pandemie weiter darum gehen, Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Eindämmung der Infektionen zu helfen. Dabei müssen vor allem auch die öffentlichen Gesundheitssysteme massiv ausgebaut und gestärkt werden, nicht nur wegen Corona, sondern auch, damit andere lebensbedrohliche Krankheiten weiter behandelt werden können.

Gleichzeitig muss der Kampf gegen die langfristigen Folgen verstärkt werden. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise müssen abgemildert werden. Langfristig angelegte Wirtschaftshilfe und Konjunkturprogramme müssen auf eine global nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden. Sie müssen einer gerechten, klimafreundlichen und nachhaltigen Ökonomie dienen und sicherstellen, dass die gesellschaftlichen Strukturen, insbesondere die sozialen Sicherungssysteme, krisenfest aufgestellt sind. Der Bedarf an Unterstützung ist größer denn je.

Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel
Präsidentin
Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Str.1 | 10115 Berlin

Ansprechpartnerin:
Kristina Schoger
Persönliche Referentin der Präsidentin
Telefon: 030 65211-1847
kristina.schoger@brot-fuer-die-welt.de | www.brot-fuer-die-welt.de

Hinweis der Redaktion:

Wenn Sie die Arbeit von Brot für die Welt im Rahmen der Corona-Krise finanziell unterstützen möchten, überweisen Sie Ihre Spende bitte auf das folgende Konto:

Kontoinhaber: Brot für die Welt
IBAN: DE10100610060500500500
BIC: GENODED1KDB
Bank für Kirche und Diakonie
Verwendungszweck: Corona-Hilfe

Brot
für die Welt